Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 81 (1989)

Heft: 3

Artikel: Schweizer Wirtschaft : kaum erträumte Hochkonjunktur

Autor: Traber, Hans A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355311

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizer Wirtschaft: Kaum erträumte Hochkonjunktur

Hans A. Traber

Dr. Hans A. Traber ist den Lesern und Leserinnen der «Gewerkschaftlichen Rundschau» als Autor bestens bekannt. Jahrelang leitete er die Abteilung Sozialstatistik im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA); bis diese Abteilung aus dem BIGA aus- und in das Bundesamt für Statistik eingegliedert wurde. Hans A. Traber hat jetzt als Koordinator ins Eidgenössische Personalamt gewechselt. Dieser Stellenwechsel bringt es mit sich, dass der vorliegende Artikel Trabers letzter Bericht über die Geschehnisse in der schweizerischen Wirtschaft ist. Wie kaum einer versteht es Hans A. Traber, Statistiken zu «lesen» und zu deuten. Er wird der «Gewerkschaftlichen Rundschau» fehlen. Zu seiner letzten Übersicht für die Rundschau schreibt Traber in einem Brief an die Redaktion: «Mit diesem auf weite Sicht optimistischen Ausblick möchte ich mich von den Lesern und Leserinnen verabschieden. Ich danke ihnen für die Geduld und Nachsicht, mit der sie meine seit 1970 jährlich erschienenen ‹Wirtschaftsberichte› zur Kenntnis genommen haben. Ich danke auch der Redaktion für die grosszügig gewährten gedanklichen Freiheiten.» – Allerdings: Zu danken haben wir, Leserschaft und Redaktion, für das von Hans A. Traber seit zwanzig Jahren zuverlässig und facettenreich vermittelte Wissen.

Der Bericht zur Lage der Schweizerischen Wirtschaft schloss vor einem Jahr schlicht mit einem Zitat aus dem Jahresbericht der eidgenössischen Kommission für Konjunkturfragen. Danach sei für 1988 ein Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes von ungefähr 1¼ Prozent zu erwarten. Tatsächlich war das Wachstum mehr als doppelt so gross; es betrug 2¾ Prozent, wie dem Ende 1988 veröffentlichten neuen Jahresbericht der Kommission zu entnehmen ist. Absolut ist dieser Prognosefehler eklatant gross. Zudem haben sich alle schweizerischen Prognoseinstitutionen etwa im gleichen Umfang geirrt, weil sie sich grundsätzlich auf die gleiche Informationsbasis abstützen, die gleiche Luft atmen, und zweifellos auch auf die Schätzresultate der anderen schielen. Dem Trend nach erwiesen sich die Prognosen als zutreffend. Sie erwarteten für 1988 ein weiteres Wachstum der Wirtschaft, das nun in einem kaum erträumten Ausmass eingetreten ist. Dieser relative Erfolg der Konjunkturprognosen erklärt, warum die Prognostiker und die von ihnen rein zahlenmässig immer wieder falsch bedienten Unternehmer und Wirtschaftspolitiker nicht auf die rasche Behebung der stets beklagten Mängel und Lücken der konjunkturstatistischen Grundlagen pochen und stillschweigend sogar die an einen Bankrott mahnende Einstellung der sogenannten Erwerbstätigenstatistik hinnehmen.

1988 ist für die Schweizer Wirtschaft zum bisher besten Jahr des Jahrzehnts geworden. Der weltwirtschaftliche Aufschwung und die günstigen Währungsverhältnisse ermöglichten die Auslastung der Produktionsmittel bis an die Grenze der technischen Kapazitäten. Die Vollbeschäftigung blieb erhalten. Die Hochkonjunktur fegte den Arbeitsmarkt leer und beschleunigte die Teuerung um ein halbes auf zwei Prozent. Das sind Anzeichen einer bevorstehenden Überhitzung.
1989 wird sich trotz der eklatanten Zinshausse wenig ändern. Die Schweizer Wirtschaft steht auf einem soliden Fundament. Die Wettbewerbskraft der Exportunternehmungen ist intakt. Die Konjunkturlage wird deshalb auch im 7. Jahr des 1983 einsetzenden Zyklus gut bleiben.

Unerwartet kräftig steigende Exporte

Die schweizerischen Exporte entwickelten sich im Gefolge des weltwirtschaftlichen Aufschwunges wieder zu einer wichtigen Konjunkturstütze. Sie erhöhten sich 1988 real um sieben Prozent, verglichen mit 1,5 Prozent ein Jahr zuvor. Dieser Erfolg stellt den Exporteuren ein gutes Zeugnis aus. Die seit Jahren überdurchschnittlichen Anstrengungen zur Rationalisierung der Produktionsabläufe und zur Verbesserung der Produktequalitäten haben sich gelohnt.
Am erneuten Exporterfolg waren ausser der Schuhindustrie alle Branchen beteiligt. Die höchste nominelle Zuwachsrate weist die Uhrenindustrie mit 16,5 Prozent aus. Sie wird vor allem den Verbesserungen bei den Produkteinnovationen und beim Marketing zugeschrieben. Die exportierten Stückzahlen erhöhten sich indessen nur um knapp vier Prozent, was damit begründet wird, dass Artikel der Spitzenklasse erfolgreicher waren als die übrigen Klassen. Mit einem Zuwachs von 12,5 Prozent expandierten sodann die Metall- und Metallwarenexporte. Sie profitierten von der weltweiten Nachfragebelebung. Der Zuwachs erhärtet im weiteren die Vermutung, dass die Eisen- und Stahlindustrie auch in Europa daran ist, wieder Tritt zu fassen. Im Aluminiumgeschäft ist, wie der Abschluss der Alusuisse zeigt, eine eigentliche Blüte im Gange. Die Auslastungen seien angesichts der regen Nachfrage und der niedrigen Lager auf fast 99 Prozent getrieben. Dementsprechend deutlich sind die Preise gestiegen. Sie haben sich seit dem zyklischen Tiefstand im Jahre 1987 um gut 30 Prozent verbessert.
Beachtenswert ist schliesslich, dass der vor allem als Guss- und Stahlproduzent bekannte Von-Roll-Konzern mit einer mehrjährigen Arbeit ein Kunststoff-Abwasser-Rohr entwickelt hat, das anders als die Abwasserrohre aus armiertem Beton resistent ist gegen gewisse, den Beton verzehrende Bakterien. Das neue Rohr könnte daher der Firma ihre Vormachtstellung bei Leitungssystemen sichern und darüber hinaus auch zu einem guten Anteil beim Ersatz der sich in ganz Europa anscheinend in einem desolaten Zustand befindlichen Betonrohr-Abwassersysteme verhelfen.

Gute Auftragslage der Maschinenindustrie

Die Maschinenindustrie konnte ihre Exporte um acht Prozent verbessern. Eine noch stärkere Steigerung scheiterte, wie die Auftragslage zeigt, an den verfügbaren Kapazitäten. Die Branche stösst nach eigenen Aussagen an natürliche Grenzen. Der bereits hohe Auslastungsgrad und der ausgetrocknete Arbeitsmarkt lassen Produktionssteigerungen im bisherigen Ausmass kaum mehr zu. Neue Aufträge konnte die Maschinenindustrie 1988 für 22 Mia. Franken verbuchen oder acht Prozent mehr als 1987. Davon stammten 13 Mia. Franken aus dem Ausland und 8 Mia. Franken aus dem Inland, was eine Exportquote von 62 Prozent ergibt. Der Auftragsbestand lag mit 16 Mia. Franken um vier Prozent höher als 1987, und der Arbeitsvorrat stellte sich Ende 1988 auf sieben Monate. Dabei muss berücksichtigt werden, dass ein Trend zu kürzeren Durchlaufsfristen existiert, um einerseits die Flexibilität gegenüber den Kundenansprüchen zu vergrössern und anderseits die Produktionskosten zu senken.
Die Aussichten für 1989 werden aufgrund der Auftragslage als günstig beurteilt. Die Erneuerung von Anlagen und Maschinen bei Kunden im In- und Ausland zur Modernisierung von Produktionsstätten und zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen wird für einen befriedigenden Geschäftsverlauf sorgen. Schliesslich stellt die schweizerische Maschinenindustrie – wie kürzlich im Organ des Angestelltenverbandes der Maschinenindustrie zu lesen war – verschiedene «Weltmeister». Die grossen und auch die kleinen Produkte zahlreicher Firmen gehören zur Weltspitzenklasse. Diese Produkte sind bei den Kunden in der ganzen Welt oft so gut eingeführt, dass die Firmen auf eigentliche Werbefeldzüge verzichten können. Dafür konzentrieren sie sich auf Qualität und Zuverlässigkeit der Produkte, auf Kundennähe mit Verkaufs- und Serviceorganisationen, auf ständige Verbesserung und Weiterentwicklung von Produkten und auf eine moderne und rationelle Fertigung. Das verhilft den Firmen immer wieder zu einem Pionier-Image, zum Einstieg in Marktlücken und -nischen, zu einem Know-how mit entscheidenden Wettbewerbsvorteilen und zum Verkauf von praktisch konkurrenzlosen Spezialitäten. Mindestens 50 schweizerische Unternehmungen könnten deshalb von sich behaupten, sie seien auf einem bestimmten Gebiet die Grössten.

Voll ausgelastete Produktionskapazitäten

Der Werkplatz Schweiz präsentiert sich generell in einem guten Zustand. Der Index der industriellen Produktion übertraf Ende 1988 das Vorjahresniveau um acht Prozent. Die Auslastung des Maschinenparkes stellte sich auf fast 90 Prozent oder auf den höchsten Wert seit anderthalb Jahrzehnten. Es mussten auch viel Überstunden geleistet werden, nämlich rund eine Stunde pro Woche für jeden der 0,8 Millionen Beschäftig-

ten der Industrie. Selbst die Textilindustrie bewertet die Aussichten – trotz einiger spektakulärer Betriebsschliessungen – im allgemeinen als positiv. In der Baumwollindustrie konnten die meisten Firmen die Anlagen dreischichtig auslasten. Weltweit stark ist die Nachfrage nach «umwundenen» und «ummantelten« Garnen. Im übrigen gehört einer der erwähnten «Weltmeister» zur Textilindustrie. Die Möbelstoffweberei Langenthal soll sämtliche Flugzeughersteller und mehr als 250 Fluggesellschaften beliefern, so dass Flugreisende auf der ganzen Welt mit einer Chance von 3 : 2 auf Schweizer Qualitätsstoffen sitzen.

Baukonjunktur weiterhin stark

Die Bauwirtschaft ist neben dem Export eine zweite wesentliche Konjunkturstütze. Die Bauproduktion ist wertmässig um 16 Prozent gestiegen. 1988 wird deshalb in der Fachpresse als «ein Jahr mit grossem Bauvolumen» bezeichnet. Begünstigt vom milden Winter legte der Tiefbau kräftiger zu als der Wohnungsbau. Dieser Aufschwung war möglich dank der Vergrösserung des Personalbestandes und einer intensiven Bewirtschaftung der nach wie vor arbeitsaufwendigen Baustellen. Er resultiert grundsätzlich aus der guten Lage der Export- und Dienstleistungsbranchen, die zur Erbringung ihrer, den Bedürfnissen der Zeit angepassten Leistungen auch moderne Bauten benötigen. Die mit der Investitionswelle verbundenen Bauprojekte werden jetzt realisiert. Die Bauwirtschaft kann zur Zeit von dieser starken Nachfrage profitieren, und dementsprechend lag ihr Arbeitsvorrat Ende 1988 mit mehr als sieben Monaten ebenfalls um 16 Prozent über dem Vorjahresstand.
Dank der guten Wirtschaftsentwicklung konnte sich auch der seit 1985 rückläufige Wohnungsbau auffangen. In den 234 Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern wurden 17 868 Wohnungen oder zwei Prozent mehr als 1987 neu erstellt. Gleichzeitig stieg die Zahl der baubewilligten Wohnungen um sieben Prozent auf 19 945 Einheiten. Diese positive Entwicklung vermochte die negativen Folgen des mehrjährigen Rückganges des Wohnungsbaus noch nicht zu beseitigen. Regionsweise herrschen noch immer Wohnungsmangel oder gar Wohnungsnot. Der Leerwohnungsbestand ist jedenfalls Mitte 1988 gesamtschweizerisch nochmals um rund 3000 Wohnungen auf 14 800 Wohnungen oder 0,5 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes gesunken. Einzig in den Kantonen Tessin und Thurgau liegt die Leerwohnungsziffer etwas über einem Prozent, und in den Agglomerationen der Grossstädte Zürich, Bern, Basel und Luzern verringerte sie sich weiter. In Zürich kann bei einer Ziffer von 0,09 Prozent überhaupt nicht mehr von einem Leerwohnungsbestand gesprochen werden. In der Agglomeration Genf dagegen ist eine «Verbesserung» um 0,05 auf 0,29 Prozent eingetreten.
In dieses Umfeld von Wohnungsmangel und Wohnungsnot passen die mit bankwirtschaftlichen Überlegungen begründeten zweimaligen Hypothekarzinserhöhungen jedenfalls nicht. Daher hätte die bundesrätliche

Ermahnung der Banken zur Zurückhaltung ruhig noch deutlicher sein dürfen. Nicht diese Ermahnung, sondern die Satzerhöhungen drohen die Hypothekarzinsfrage zu verpolitisieren.

Formtief im Tourismus

Der Schweizer Tourismus steht nicht nur wetter- und währungsbedingt unter Druck. Er hat neuerdings gegen ein wenig rühmliches Image anzukämpfen. Es fehle, so heisst es, an Freundlichkeit, Spontaneität und Kreativität. Das ist zweifellos eine grosse Herausforderung für eine Branche, die mit zehn Prozent am grenzüberschreitenden Tourismusverkehr partizipiert und deren Angebot bisher zur Hälfte von Ausländern berücksichtigt wurde. Die ausländischen Gäste der Schweizer erbrachten nämlich die Hälfte der 75 Millionen Übernachtungen des Jahres 1988 und führten etwa 10 Mia. Franken ins Land ein. Es steht also einiges auf dem Spiel für die rund 20 000 Patrons des Gastgewerbes und ihre 200 000 Angestellten.

Verzerrungen am Arbeitsmarkt

Der fortgesetzte, Wachstumsschub hat auch am Arbeitsmarkt deutliche Spuren hinterlassen. Die Beschäftigung verbesserte sich 1988 wie schon 1987 um gut ein Prozent oder um rund 37 000 Personen. Die Zahl der Arbeitsplätze kam damit erstmals wieder über den vor der Krise von 1981 erreichten Stand zu liegen.

Die Beschäftigungsstruktur nach Branchen hat sich trotzdem erneut stark verschoben. In der Industrie, deren Arbeitsplätze sich fast zur Hälfte auf die vier Kantone Zürich, Bern, Aargau und St. Gallen konzentrieren, hatten wiederum einige Branchen einen Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen. So verringerte sich die Beschäftigung in der Leder- und Schuhwarenindustrie um fast vier Prozent, so dass sich für die letzten drei Jahre ein Arbeitsplatzverlust von 14 Prozent ergibt. Trotz der guten Konjunktur befinden sich auch die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Elektro- und Elektronikindustrie sowie die Maschinenindustrie nach wie vor in einer Phase des Beschäftigungsrückganges. Als Branchen mit einer wachsenden Beschäftigung stachen erneut die Chemie und die Kunststoffindustrie hervor. Im weiteren verbesserte sich die Beschäftigungslage der Metallindustrie, und in der Uhrenindustrie folgt auf den Beschäftigungsrückgang im Jahre 1987 um fast fünf Prozent 1988 ein Beschäftigungsanstieg um gut vier Prozent.

Am meisten zusätzliche Arbeitsplätze wurden indessen im Dienstleistungssektor geschaffen. Das Tempo der Expansion hat sich jedoch verlangsamt. Selbst die Ausdehnung des Bankensektors scheint auf natürliche und wirtschaftliche Grenzen zu stossen. Die Beschäftigungszunahme verkleinerte sich hier innert Jahresfrist von sechs auf zwei Prozent.

Die Arbeitslosigkeit verringerte sich 1988 demgegenüber nur um 0,1

Prozent auf 0,7 Prozent. Sie lässt sich offensichtlich aus strukturellen Gründen nicht weiter reduzieren und nur sehr schwer unter die fast magische Zahl von 20 000 monatlich betroffenen Personen senken. Der Bestand an Arbeitslosen scheint sich, wie eine kürzlich vom Biga herausgegebene Untersuchung der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1985 und 1986 in fünf Kantonen zeigt, jeden Monat zu je einem Viertel durch Zu- und Abgänge zu erneuern. Diese relativ hohe Rotation bewirkte, dass in jenen Jahren über fünf Prozent der Erwerbspersonen mindestens einmal – aber nicht alle gleichzeitig – arbeitslos wurden. In den Medien entstand daraus aber fälschlicherweise eine Arbeitlosenquote von über fünf Prozent, und Schlagzeilen verkündeten, die Arbeitslosikeit werde in der Schweiz offiziell stark unterschätzt; tatsächlich sei sie etwa gleich hoch wie in den USA... Dieser Misstritt sollte Benützer und Produzenten von Zahlen warnen: Eine Zahl lässt sich leichter und schneller dilettantisch gebrauchen als ihr Wesen und ihre Grenzen verstehen.
Auch die Kurzarbeit ist trotz der Hochkonjunktur nicht vollständig verschwunden. 1988 waren im Durchschnitt 4000 Arbeitnehmer betroffen. Deren Arbeitszeit wurde im Mittel während 14 Wochen um einen Viertei gekürzt. Die Summe der Ausfallstunden betrug im Jahresmittel 2,35 Millionen, was auf Arbeitslose umgerechnet einer ganzjährigen Arbeitslosigkeit von 1100 Personen (1987: 1200, 1986: 600) entspricht.
Die eigentlichen Verzerrungen am Arbeitsmarkt kommen im verschärften Mangel an Fachkräften und in der Inexistenz einer Mangellage für Hilfskräfte zum Ausdruck. Sie sind ohne Zweifel den weitgehenden Strukturverschiebungen in der schweizerischen Volkswirtschaft zuzuschreiben. Mit den neuen Produktionstechnologien sind steigende Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitnehmer und Freisetzungen von weniger qualifizierten Arbeitskräften verknüpft.
Die Konsequenzen dieses Ungleichgewichtes sind vielschichtig. Wirtschaftlich äussern sie sich im «Kampf um die Experten». Seine Spitzen zeigen sich von Zeit zu Zeit in den in Medien herumgebotenen Phantasiesalären z.B. für Informatiker oder an der Hartnäckigkeit, mit der Arbeitgeber in gesamtarbeitsvertraglichen Lohnverhandlungen oder in Besoldungsordnungen sogenannte flexible und individuelle Lohnerhöhungen durchsetzen wollen. Das jüngste Beispiel ist die 1988 erfolgte Aufnahme der ausdrücklichen Bedingung in das eidgenössische Beamtengesetz, bei Lohnerhöhungen sei die Leistung angemessen zu berücksichtigen, obschon dieses Gesetz entsprechend der in unserer Volkswirtschaft vorherrschenden Besoldungsphilosophie bereits bei seiner Schaffung vor 60 Jahren leistungsorientiert konzipiert wurde. Das führt zwangsläufig zu einem Auseinanderdriften der Löhne. Die Löhne der Fachkräfte eilen jenen der Hilfskräfte davon. Diese Entwicklung lässt sich mit Hilfe der amtlichen Lohnstatistik seit bald einem Jahrzehnt beobachten: In einer grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft reagieren auch die Löhne rasch und deutlich auf Veränderungen der Arbeitsmarktverhältnisse.

Weiterbildungsoffensive

Auf der politischen Ebene gipfeln die Sorgen wegen des Mangels an Fachkräften im sogenannten Bildungsboom, der sich über alle Stufen der Grundausbildung bis zur betrieblichen und ausserbetrieblichen Weiterbildung erstreckt, sowie in einer qualitativen Neuorientierung der Ausländerpolitik des Bundes, indem die bewilligten Ausländerkontigente stärker für Fachkräfte und Spezialisten auszuschöpfen seien. So will der Bund für seine schon vor längerer Zeit angekündigte Weiterbildungsoffensive 400 Millionen Franken bereitstellen. Mit diesem Betrag soll – verteilt auf sechs Jahre – die Weiterbildung auf den Stufen der Berufs- und der Hochschulen ausgebaut und die Einführung neuer Produktionstechniken gefördert werden, um die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und die Chancen für ein qualitatives Wachstum zu verbessern. Auch wenn die – erst in groben Umrissen bekannten – Absichten des Bundes der Tendenz nach zu begrüssen sind, ist dafür Sorge zu tragen, dass die Qualität dieser Weiterbildungsoffensive nicht von der Quantität erdrückt wird. Die berufliche Weiterbildung besitzt in der Bevölkerung seit langem einen hohen Stellenwert, und bei aufgeschlossenen Unternehmungen ist sie längst in die Personalpolitik integriert. Indessen wird man den Eindruck nicht los, Weiterbildung werde nur ernst genommen, wenn sie ausserhalb des Arbeitsplatzes stattfindet. So betrachtet, könnten die neuen Bundesgelder zu Subventionen jener Betriebe entarten, die sich der Qualifizierung am Arbeitsplatz enthalten und ihr Heil in der Abwerbung von Fachkräften suchen. Die neuen Subventionen würden sogar die Entwicklungshilfe auf den Kopf stellen, sollten sie die An- und Abwerbung von Fachkräften im Ausland begünstigen.

1988 lohnmässig ein befriedigendes Jahr

Die geschilderten Arbeitsmarktverhältnisse blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Nominallöhne. Deren Anstieg verstärkte sich im Vergleich zu 1987 recht deutlich von 2,4 Prozent auf jene 3 bis 4 Prozent, wie sie in den Konjunkturprognosen für 1988 angenommen wurden.
1987 war am Jahresanfang die Teuerung praktisch inexistent, so dass in verschiedenen Branchen und bei der öffentlichen Hand kein Teuerungsausgleich zu leisten war. Ausserdem wurden damals einige Arbeitszeitverkürzungen «mitverrechnet». Die Arbeitsmarktlage brachte 1988 aber auch die verantwortlichen Bundesbehörden dazu, erstmals seit 1973 die Löhne des gesamten Bundespersonals real um zwei Prozent zu erhöhen. Im ganzen gesehen war 1988 lohnmässig ein befriedigendes Jahr. Nur war – das ergab die Umfrage des SGB bei seinen Verbänden – das Verhandlungsklima noch härter als früher; es brauchte mehr Verhandlungen und manchmal auch Proteste, bis trotz Hochkonjunktur und gutem Geschäftsgang die «Früchte» für die Arbeitnehmerschaft im «Korb» waren.

Konsum und Sparen durch Einkommensverbesserungen gefördert

Die Bedingungen für ein gutes Konsumklima und eine die Konjunktur fördernde Nachfrage der Konsumenten blieben günstig. Im Detailhandel erhöhten sich die Umsätze nominal um 2,8 Prozent (1987: 1,8%) und preisbereinigt um 1,7 Prozent (1987: 1,3%). Es wurden 321 366 neue Personenautos oder sechs Prozent mehr als 1987 gekauft. Dennoch sind die Spareinlagen bei 362 Banken nach fast zehn Prozent im Jahre 1987 auch 1988 um gut acht Prozent oder um zehn Milliarden Franken angewachsen. Das deutet an, dass das individuelle Sparen als eigentliche Tugend der Schweizer Bevölkerung weder durch die obligatorische Altersvorsorge der AHV noch durch die obligatorische berufliche Altersvorsorge mit der 2. Säule aus der Mode gebracht worden ist. Die den Sozialversicherungen vor allem von den Banken immer wieder zugesprochene Rolle des Sündenbockes für ein ungenügendes persönliches Sparen entbehrt daher jeder Grundlage.
Auch 1989 wird sich das gute Konsumklima fortsetzen. Die Haushalteinkommen werden allein wegen der guten Beschäftigungslage weiter anwachsen. Sie werden ausserdem von den vielerorts beschlossenen Entlastungen bei den direkten Steuern und vom Ausgleich der kalten Progression profitieren. Es ist daher nicht nur ein weiterer Zuwachs des Konsums, sondern auch eine nochmalige Zunahme der Sparquote wahrscheinlich. Das wird die akuten wirtschaftlichen und politischen Spannungen bei der Anlage der Spargelder verschärfen. Vor allem die Vorsorgeeinrichtungen der 2. Säule legen die ihnen zufliessenden Gelder vorzugsweise in Liegenschaften an. Diese Praxis wirkt – bei einer jährlichen Zunahme der anzulegenden Gelder um zehn Milliarden Franken – stimulierend auf die Baukosten, die Boden- und die Liegenschaftspreise.

Nationalbankpolitik mit Zielkonflikten

Die schweizerische Nationalbank hatte im Herbst 1987, wie die Notenbanken der meisten Industrieländer, kräftig Geld geschöpft und den Diskontsatz gesenkt, um den anfänglich befürchteten, aber nicht eingetretenen krisenhaften wirtschaftlichen Auswirkungen des Kollaps der Börsenkurse zuvorzukommen. Gleichzeitig verringerten die auf den 1.1.1988 eingeführten grosszügigeren Deckungsvorschriften den Liquiditätsbedarf des Bankensystems von bisher 12 Milliarden Franken auf knapp die Hälfte. Eine weitere Reduktion der Nachfrage nach Notenbankgeldern resultierte aus der Rationalisierung des Zahlungsverkehrs zwischen den Banken mittels eines rund um die Uhr funktionierenden elektronischen Abrechnungssystems SIC (SWISS INTERBANK CLEARING). Das führte – rückblickend betrachtet – vor allem in der 1. Hälfte 1988 zu einer eher zu grosszügigen Geldversorgung der Wirtschaft durch die Nationalbank. Diese bemühte sich in der Folge wegen der sich abzeichnenden Überhitzungserscheinungen in der Wirtschaft um eine

Straffung der Geldversorgung. Sie erhöhte den Diskontsatz in vier Schritten um je einen halben Prozentpunkt auf nunmehr 4,5 Prozent. Ausserdem legte sie für 1989 das angestrebte Wachstum der Geldmenge auf zwei Prozent fest, was ihre mittelfristig auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik bestätigt.
Diese Politik der Verknappung und der Verteuerung der Zahlungsmittel war nicht ohne Folgen für das Zinsgefüge. Haben sich vorerst die Zinsen für kurzfristige Festgelder von knapp zwei Prozent Mitte 1988 auf 5,5 Prozent im Februar 1989 und jene für Kassenobligationen auf sechs Prozent erhöht, so dekretierten im Mai zahlreiche Banken auch eine Erhöhung der erst im Sommer 1988 reduzierten Zinssätze für Hypotheken zunächst um 0,5 Prozent auf in der Regel 5,5 Prozent. Spitzenreiter machten dann einen weiteren Sprung auf 6 Prozent. Die Nationalbank ist dadurch einmal mehr ins Zwielicht geraten. Sie will zwar mit der Verknappung der Zahlungsmittel eine Eindämmung der Güternachfrage erreichen und so die heraufkommende Teuerung bekämpfen. Doch ihre Politik des teuren Geldes bremst die Güternachfrage direkt nicht, sondern steigert zuerst einmal die Zinskosten der Wirtschaft. Die Folgen vor allem für Mieten und Agrarpreise sind berüchtigt: Die höheren Zinse werden angesichts der unelastischen Nachfrage einfach auf die Konsumenten abgewälzt. Die «Teuerungsbekämpfung» pfropft immer wieder einer bereits im Gang befindlichen Teuerung eine zusätzliche Preissteigerung auf, und noch nicht verblasst sind die schmerzlichen Erfahrungen, dass ein einseitig auf die Teuerungsbekämpfung ausgerichtetes Handeln in eine Beschäftigungskrise ausmünden kann.
Gegen Ende Mai führte die Nationalbank erstmals in ihrer Geschichte den flexiblen Lombardsatz ein. Dieser wird ein Prozent über dem täglich neu berechneten Mittelwert der Zinssätze für Tagesgeld liegen, das heisst bei etwa 9 statt bisher 7 Prozent. Die Nationalbank möchte damit die hohen Zinsausschläge etwas glätten und den «schwachen» Franken stützen; und das ist ihr für den Anfang auch gelungen.

Verstärkte Teuerung erkennbar

Die neu aufkommende Teuerung war seit langem erkennbar. So verstärkte sich die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerungsrate von 0,8 Prozent 1986, auf 1,4 Prozent 1987 und auf 1,9 Prozent 1988. Im April 1989 kletterte sie sogar auf 2,6 Prozent. Die Ursachen dieses Teuerungsanstiegs hängen mit der geschilderten guten Konjunkturlage der Schweizer Wirtschaft, aber auch mit dem deutlich tieferen Frankenkurs zusammen, der den Import der im Ausland ebenfalls festzustellenden höheren Teuerung ermöglicht. Der Verbilligungseffekt der Auslandkonkurrenz fiel 1988 praktisch weg. Im April 1989 verteuerten sich die aus dem Ausland stammenden Güter mit 3,1 Prozent deutlich stärker als die Inlandgüter mit 2,5 Prozent. Gemessen am Grosshandelspreisindex zeigt sich der Teuerungsimport noch drastischer: Die Import-

güter verteuerten sich im April 1989 um nicht weniger als 10,2 Prozent, verglichen mit 3,6 Prozent bei den Inlandgütern.
Weitere Preissteigerungen sind angekündigt. Im laufenden Jahr tiefer ins Portemonnaie greifen müssen die Konsumenten unter anderem für die Krankenversicherung (etwa +10%), für die Prämien der Autohaftpflichtversicherung (+14%), für das Bahnfahren (+6–10%) und für gewisse Dienstleistungen der PTT (bis zu +50%), die allerdings gleichzeitig die Telefongespräche ins Ausland verbilligt. Kräftige Zunahmen sind im weiteren aufgrund der Hypothekarzinserhöhungen und wegen des ungenügenden Wohnungsangebotes bei den Mieten zu erwarten.
Die sich klar verstärkende Teuerung wird nach Auffassung der einen leicht auf drei Prozent ansteigen. Andere befürchten, die 5%-Marke werde zumindest touchiert; sie rufen deshalb zum Teuerungsalarm auf. Diese Befürchtungen werden von der OECD gestützt, die auf die wiederaufkeimende Inflationsgefahr generell hinweist und zwecks Vermeidung einer allzu restriktiven monetären Politik den Einsatz der Fiskalpolitik als weiteres Instrument zur Dämpfung der Nachfrage empfiehlt. Damit ist wieder einmal eine Lanze zugunsten einer Entlastung der Geldpolitik und zugunsten einer – vor noch nicht langer Zeit in die ökonomische Mottenkiste verbannten – feineren Steuerung der Wirtschaftspolitik gebrochen. In diese Richtung zielen auch die vom Bundesrat gegen Ende Mai beschlossenen Sofortmassnahmen zur Eindämmung der Bodenspekulation, die allerdings erst noch von den eidgenössischen Räten gebilligt werden müssen.

Optimistischer Ausblick

Die Schweizer Wirtschaft hat ein gutes Jahr 1988 hinter sich. Sie wird aller Voraussicht nach auch mit dem Jahr 1989 zufrieden sein können. Selbst bei einem weiter in die Zukunft gerichteten Blick lassen sich – ungeachtet der scharfen Restriktionspolitik der Nationalbank – die Umrisse eines durchaus positiven Bildes erkennen. Die volkswirtschaftlichen und die betrieblichen Strukturen wurden in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Die Produktionsanlagen sind im allgemeinen durchrationalisiert und modern. Neue, gehobenen Ansprüchen dienende Produkte wurden entwickelt. Das ermöglicht eine kostengünstige Produktion und erleichtert die Ausrichtung auf den EG-Binnenmarkt 1992. Zusammen mit den vom Nachholbedarf bei der öffentlichen Infrastruktur ausgehenden Impulsen (wie zum Beispiel von der Abfallbeseitigung und -verminderung und vom öffentlichen Verkehr, wo mit einiger Verspätung das Leistungsangebot doch noch auf die Bedürfnisse der Nachfrager ausgerichtet wird) sind das die besten Voraussetzungen dafür, dass die von der Wirtschaft mit den modernsten Techniken erschaffenen Güter ihren Absatz finden werden und dass den qualifizierten Arbeitskräften – Arbeitnehmern und Unternehmern – auch längerfristig die Beschäftigung gesichert bleibt. Die Konjunktur für die Schweizer Wirtschaft könnte – so betrachtet – sogar ziemlich weit über 1989 hinaus gut bleiben.